

in Folge des Abbaus dar. Auch deswegen lehnen die meisten Gemeinden die Untersuchungsarbeiten in ihrem Katastergebiet strikt ab. Die Bewohner von 27 Gemeinden der betroffenen Gebiete verkündeten in Gebietsreferenden, in denen die durchschnittliche Beteiligung bei 73 Prozent lag, ein klares Nein zum Atommüll-Endlager. Das half ihnen aber nichts. Die Bürgermeister beschwerten sich, dass der Staat mit ihnen aus einer Position der Stärke heraus verhandelt und sie nicht als gleichwertige Partner wahrnehme. In einer gemeinsamen Erklärung vom April 2015 verlangen die Bürgermeister die Verabschiedung eines speziellen Gesetzes, das die Position der Gemeinden auf ein im Ausland übliches Niveau anheben würde. Die Gemeinden haben jetzt bei der Entscheidung über die Untersuchungsarbeiten kein Veto-Recht und sie haben sogar keine Möglichkeit, die Gelder abzulehnen, die ihnen der Staat dafür als Entschädigung schickt.

Eine andere Möglichkeit des Umgangs mit dem radioaktiven Abfall als seine Lagerung tief in der Erde habe sich auch nicht nach Dutzenden von Jahren der Forschung als realistisch gezeigt, meint Siska. Deshalb gebe es die Regelung, dass sich jeder Staat um seinen Atomabfall selbst kümmern soll. Den weitesten Weg habe bis jetzt Finnland zurückgelegt, das als erstes Land weltweit Ende 2015 den Bau eines Atommüll-Endlagers genehmigt hat. Es soll in Olkiluoto entstehen, an der Westküste Finnlands, und in der Nähe des Atomkraftwerks mit gleichem Namen, 25 Kilometer von der nächsten Stadt entfernt. Die meisten Länder müssten dagegen in dichter besiedelten Regionen suchen, wo sich die Menschen wehren, ähnlich wie in Tschechien, schreibt Siska. Und fast überall seien sich die Gemeinden gleich einig. Zum Beispiel

habe sich in der Schweiz die Endlagersuche auf zwei Orte eingeschränkt, einer davon befinde sich sogar am nördlichen Rand von Zürich. Wie im Oktober 2015 das Schweizerische Bundesamt für Energiewirtschaft mitteilte, sind auch hier in dieser Phase die Gemeinden keine gleichberechtigten Teilnehmer am Verfahren. Über den Bau des Atommüll-Endlagers sollen die Bundesregierung und das Parlament entscheiden. Erst dann könnte ein Referendum stattfinden, informierte die Behörde.

Ein Veto-Recht haben Gemeinden auch in anderen Staaten nicht. Trotzdem seien sich die demokratischen Politiker bewusst, dass man solch eine kontroverse Angelegenheit nicht mit Gewalt gegen den Willen der Bewohner durchsetzen darf, meint Siska. Deshalb bleibe ihnen nichts anderes übrig, als eine Atmosphäre zu schaffen, in der die Menschen freiwillig die Verantwortung übernehmen für etwas, das sie zwar nicht verursacht haben, woran sie aber einen Anteil als Bürger tragen. Der Atomabfall existiere und obwohl ihn niemand hinter seinem Haus haben will, müsse er irgendwo gelagert werden. ●

Atommüll

Split als Entschuldigung für erhöhte Strahlenbelastung in Gorleben

Die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) hat unlängst ihren Jahresbericht veröffentlicht und behauptet, dass von den atomaren Zwischenlagern in Gorleben keine Gefahr ausgeht. Seit Einlagerung der Castoren wird am Zaun in der Nähe der Castorhalle erhöhte Gammastrahlung und erhöhte Neutronenstrahlung gemessen,

wendet die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) dagegen ein. Von diesen erhöhten Werten werden die natürlichen Gammastrahlungsanteile abgezogen, um die Strahlendosis zu ermitteln, die vom Zwischenlager ausgeht. Seit 2011 hat die GNS Probleme nachzuweisen, dass der erlaubte Grenzwert von 0,3 Millisievert (mSv) pro Jahr am Zaun eingehalten wird. So erklärte man bereits im Überwachungsbericht 2011 die erhöhte Gammastrahlung am Zaun in der Nähe der Castorhalle als natürliche Strahlung aus dem Schotter der Wegbefestigung, so dass nur noch der Neutronenanteil an der Gesamtdosis gezählt werden sollte. Hiermit erreichte man die Feststellung, dass man unter dem Grenzwert liege. Strahlentelex hatte damals ausführlich berichtet. [1]

Die Fachgruppe Radioaktivität der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg hatte damals bereits erhebliche Zweifel an dieser Vorgehensweise angemeldet. Die Zweifel wurden auch nicht beseitigt durch Messungen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, da messtechnisch nicht unterschieden wurde zwischen natürlicher Untergrundstrahlung und der Gamma-Strahlung, die vom Castorlager ausgeht.

Im vorigen Jahr (2015) wurde der Weg am Zaun erneuert und granthaltiger Split zum Verfüllen der Rasengittersteine verwendet. Dieser Split wird von der GNS im aktuellen Überwachungsbericht wieder angeführt, um die erhöhte Gammastrahlung am Zaun in der Nähe der Castorhalle auf Null herunterzurechnen.

„Es ist für uns unverständlich, warum wiederum schwach radioaktives Split-Material eingebracht wurde, anstatt den Weg vollständig zu sanieren und unverdächtigtes Material auszubringen“, sagte Volker Schürg seitens der BI-Fachgruppe. Wenn man die

natürliche Gammadosis, wie sie die GNS am südlichen Zaun des Zwischenlagers misst und wie sie auch durch die IMIS-Messstellen in Gorleben und Trebel bestätigt werden, zu Grunde legt, dann betrage die Gesamtdosis am Zaun in der Nähe der Castorhalle 0,35 mSv/Jahr. Nach Auffassung der BI ist der Grenzwert von 0,3 mSv/Jahr also immer noch deutlich überschritten.

1. Atommüll-Lager Gorleben: Greenpeace deckt falsche Berechnungen bei Strahlungsmessungen auf, Strahlentelex 596-597 v. 3.11.2011, S. 9-10
http://www.strahlentelex.de/Stx_11_596_S09-10.pdf ●

Mülldeponien

Giftschlammgrube in Sachsen-Anhalt ist undicht

Aus der Giftschlamm-Grube von Brüchau, dem sogenannten Silbersee in Sachsen-Anhalt, treten Schadstoffe aus. Chlorid, Radium und Quecksilber wurden im Grundwasser nachgewiesen. Die Grube ist nicht dicht, so Recherchen des MDR-Magazins „exakt“.

Bestätigt wurde das auch durch einen Laborversuch an der Leipziger Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK), berichtete MDR-exakt in seiner Sendung am 6. April 2016. Der Deponiebauexperte Prof. Said Al-Akel hält die Bodenbeschaffenheit der isolierenden Lehmschicht unter der Deponie für problematisch. Bei Kontakt mit Säuren, die in großen Mengen vorhanden sind, entstünden in dem kalkhaltigen Lehm Hohlräume. „Diese Hohlräume tragen dazu bei, dass kontaminiertes Wasser aus dem Deponiekörper entweichen kann. Das heißt: die Grube ist nicht dicht“, sagte Prof. Said Al-Akel MDR-exakt.